

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung
Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung
c/o SRG Deutschschweiz
Fernsehstrasse 1-4
8052 Zürich

Zürich, 1. September 2026

**Dossier Nr. 12632, «SRF News Instagram/Facebook» vom 6. August 2026
– «Israel vergiftet offenbar Böden der Nachbarländer»**

Sehr geehrte Frau X

Mit Mail vom 7. August 2026 beanstanden Sie – wie andere Beanstanderinnen und Beanstander auch - obigen Beitrag wie folgt:

https://www.instagram.com/reel/DbS_IS5ggQu/?igsh=OXp4dG5nNmtwanFh

«Der Bericht ist agitatorisch (bezüglich des Inhalts, der Wortwahl, der Gestik, der Mimik und des Tonfalls) und wirkt auf mich wie reinste Israelhetze. Es werden Behauptungen als Fakten präsentiert, ohne Kontext, ohne dass eine genauere Recherche erfolgte, ohne Hinweis auf unabhängige Verifizierung (die es bisher nicht gibt), allein basierend auf einem fragwürdigen Artikel in der Süddeutschen Zeitung.

Der Hintergrund: Israel hat aus Sicherheitsgründen anlässlich der Kriegshandlungen nahe der Grenze zum Libanon dort die Vegetation beseitigt und die UNIFIL vorher darüber informiert. Es handelt sich um ein eng begrenztes Gebiet und nicht um weite Teile des Landes, wie im Bericht suggeriert. ^[1]Die Zahl von 800 Millionen Dollar Erwerbsausfall ist unrealistisch und völlig überzogen. ^[2]Ausserdem handelt es sich nicht um ein "Gift, das Menschen und die Tierwelt bedroht und die Gegend unbewohnbar macht" also als Umweltkatastrophe dargestellt wird. ^[3]Nur schon der Teil "...aus Libanon, Syrien und Palästina ..." müsste stutzig machen. Was genau meint die Reporterin mit Palästina? Die historische Region, zu der Israel selber auch gehört? Will heissen, Israel vergiftet seine eigenen Böden? Diese Wortwahl zeugt entweder von Unwissenheit oder aber sie ist ein subtiler Hinweis auf den Hintergrund der Berichtenden...

In dem Bericht fehlt jeglicher Kontext (UNO Resolution zur entmilitarisierten Zone zwischen Israels Grenze und dem Litani Fluss, woher die Hisbollah über zwei Jahre lang die Zivilbevölkerung in Israel massiv beschossen hat, so dass an die 80'000 Binnenflüchtlinge in Hotels untergebracht werden mussten...). Bei der besagten grenznahen Region handelt es sich um ein Kriegsgebiet. ^[1]~~[2]~~Es würde in der journalistischen Verantwortung liegen, zwischen Vorwürfen und Tatsachen zu unterscheiden. Stattdessen wurde ein reisserischer Titel gewählt "Israel vergiftet offenbar die Böden der Nachbarländer", der unangenehm an die alte Blutlüge "Juden vergiften Brunnen" erinnert.

Der Bericht verbreitet sich gerade flächendeckend in den sozialen Medien und befeuert den ohnehin schon besorgniserregenden Hass auf Israel und damit verbunden einen weltweiten Antisemitismus.

Ich ärgere mich als Steuerzahlerin, die solches mitfinanziert. Ich schäme mich als Schweizerin für srf. Und ich würde mir sehr wünschen, es gäbe wieder mehr journalistische Sorgfalt. Dieser Bericht ist eines öffentlich-rechtlichen Mediums unwürdig.»

Die **Redaktion** nimmt zu allen eingegangenen Beanstandungen wie folgt Stellung:

Über den Einsatz von Herbiziden im Libanon und in Syrien durch Israel wird seit mehreren Monaten berichtet. Der Einsatz ist gut dokumentiert, u.a. durch Videoaufnahmen, Augenzeugenberichte und Reportagen und Berichte internationaler Leitmedien, beispielsweise der [ARD](#) oder der [BBC](#). Auch die UN-Mission UNIFIL bestätigte im Februar, dass die israelische Armee im libanesischen Grenzgebiet eine Luftoperation zur Ausbringung einer chemischen Substanz angekündigt hatte. Anschliessend unterstützte UNIFIL die Entnahme von Proben. Nach Angaben der libanesischen Behörden wurde darin Glyphosat nachgewiesen. Es handelt sich dabei um ein sogenanntes Totalherbizid, das in hoher Konzentration alle Pflanzen töten kann, die damit besprüht werden. Im kritisierten Video bezogen wir uns auf einen [Bericht](#) der renommierten «Süddeutschen Zeitung» vom 2. August 2026, die u.a. mit Direktbetroffenen gesprochen hat. Der Bericht wurde etwas später auch im [Tages-Anzeiger](#) publiziert und auf Social Media breit diskutiert. In der Reportage wird auch über die Situation in Syrien berichtet. Dazu heisst es: «In Syrien sind nach Angaben der Behörden 70 Dörfer betroffen, mit einer landwirtschaftlichen Fläche von 480 Hektar, was in etwa 700 Fussballfeldern entspricht. Auf den Feldern wächst nichts mehr: kein Weizen, keine Auberginen, keine Linsen. Auch Olivenbäume sind betroffen, sie bekommen gelbe Blätter, viele sterben ganz ab.» Gemäss Medienberichten waren neben Gebieten in Syrien und Libanon früher auch schon palästinensische Gebiete vom Versprühen von Pflanzengiften betroffen. In diesem Zusammenhang ist die Verwendung des Begriffs «Palästina» zu sehen, die in einer Beanstandung ebenfalls kritisiert wird.

In unserem Video wird transparent dargelegt, dass die Angaben zu Schäden und Bodenproben von der libanesischen Regierung stammen. Nicht belegt ist hingegen, dass mit dem mutmasslichen Versprühen von Glyphosat beabsichtigt wurde, die Landwirtschaft oder den Lebensraum gezielt und dauerhaft zu zerstören. Eine solche Absicht wird im Video auch nicht unterstellt. Wie die Beanstander korrekt anmerken, liegt die betroffene Region im Libanon an der Blue Line und ist seit Jahren umkämpft. Auch die Resolution 1701 des UN-

Sicherheitsrates ist in diesem Zusammenhang relevant. Jedoch ist es in der Kürze des Videos nicht möglich, diese Hintergründe ausführlich zu erläutern. Es ist auch so, dass dieser Kontext nur sehr bedingt erklären kann, warum Israel in diesem Gebiet gemäss den Medienberichten breiträumig Herbizide verstreut, welche die Lebensgrundlagen von Landwirten zerstören. Denn es handelt sich bei diesem Pflanzengift-Einsatz auf Landwirtschaftsgebiet nicht um Kampfhandlungen gegen Hisbollah-Stellungen. Wir haben dem sehr anspruchsvollen und vielschichtigen Kontext dieser Vorgänge aber auch insofern Rechnung getragen, indem wir sehr nüchtern und faktenbasiert berichtet haben und die Quellenlage transparent gemacht haben. Die Redaktion hat zudem verschiedene israelische Regierungsstellen um eine Stellungnahme gebeten, jedoch bis heute keine erhalten.

Den Vorwurf, dass mit diesem Video dem Antisemitismus Vorschub geleistet werde, weisen wir zurück. Es geht im Beitrag um das Handeln der israelischen Regierung und des israelischen Militärs, das von anderen Ländern und Personen kritisiert wird. Diese Kritik richtet sich nicht generell gegen Jüdinnen und Juden. Es ist genau die Aufgabe von Medien, auch im Kontext des Nahostkonflikts nüchtern über aktuelle Vorgänge zu berichten, in denen Konfliktparteien kritisiert werden und die gerade auch auf Social Media breit diskutiert werden. Das haben wir in unserem kurzen Social Video gemacht, in dem wir auf der Basis einer aktuellen Medienberichterstattung korrekt und sachgerecht über einen bestimmten Sachverhalt berichtet haben. Wir bitten die Ombudsstelle deshalb, die Beanstandung abzuweisen.

Die **Ombudsstelle** hat sich den Beitrag ebenfalls angesehen und hält ebenfalls mit einem gleichlautenden Schlussbericht abschliessend fest:

Das gut eine Minute dauernde Instagram-Reel von SRF News beginnt die Moderatorin mit den Worten *«Israel vergiftet offenbar Böden von Nachbarländern»*. «Offenbar» kann nicht anders gedeutet werden, als dass diese «Vergiftung» nicht erhärtet ist. Warum also wurde dieses kurze Reel gezeigt? Es ist verständlich, dass einzelne Beanstanderinnen und Beanstander bei diesem Auftakt an das immer wieder zu hörende Klischee der Juden als «Brunnenvergifter» erinnern - erst recht seit dem 7. Oktober 2023.

Hinzu kommt erschwerend, dass der Nachweis des Vorwurfs im Reel nicht erbracht wird. Es heisst «verschiedene Medien» hätten seit einem halben Jahr darüber berichtet, später kommt die «Süddeutsche Zeitung» ins Spiel. «Verschiedene Medien» können auch unseriöse und politisch einschlägige Medien sein, die solche Vorwürfe noch so gerne verbreiten. Zudem differenzieren einige dieser «Leitmedien». So erwähnt beispielsweise der öffentliche Sender ARD, dass das offenbar versprühte Pflanzengift Glyphosat der Entlaubung des Unterholzes diene, damit es weniger Möglichkeiten für Kämpfer der Hisbollah gebe, sich dort zu verstecken. Und man habe den Eindruck, dass es «im Südlibanon auf eine Zone hinausläuft, die zwar nicht von Israel besetzt, aber kontrolliert werden wird, und wo der Zivilbevölkerung nicht ermöglicht werden soll, in diese Gebiete zurückzukehren.»

Das ist denn auch der grösste Makel am Reel: Mit keinem Wort wird auf den Krieg zwischen Israel und der Hisbollah, die sich seit Jahren mit Raketenbeschüssen eindecken, Bezug genommen.

Die Ombudsstelle stellt nicht in Abrede, dass Israel Herbizide in Libanon und Syrien mit den bekannten Schäden und mit entsetzlichen Folgen versprüht hat. Aber die Herleitung und die Nachweise für die gravierenden Vorwürfe, eingeführt durch «Israel vergiftet offenbar Böden» genügt selbst bei der Kürze des Reels schlicht nicht für eine unverfälschte Meinungsbildung und **stellt einen gravierenden Verstoss gegen das Sachgerechtigkeitsgebot gemäss Art. 4 Abs. 2 des Radio- und Fernsehgesetzes dar.**

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüssen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz